

Erster Bundesparteitag am Wochenende in Cottbus

## Ost-Realos gegen West-Revoluter: Der Linkspartei fehlt ein Programm

Von Dana Mücke

Die Linke trifft sich am Wochenende zu ihrem Bundesparteitag in Cottbus, dem ersten seit ihrer Parteifusion. Ein Programm wird nicht verabschiedet, nur ein Leitartikel. Interne Konflikte werden gedeckelt. Die Ost-Realos und die radikalen Weltrevoluter aus dem Westen misstrauen einander. Wächst hier tatsächlich zusammen, was zusammengehört?

Die Linke sieht sich auf einem Weg, der mit jeder schlechten Nachricht im Lande noch näher zum Erfolg führt. Der Beginn dieser Woche zeigt das anschaulich mit der Veröffentlichung des neuen Mandatsberichts. " Jeder siebte Deutsche arm " – Schlagzeilen, durch die sich die Linken bestätigt fühlen. Da stehe ja nur das, " was Sie häufig von der Partei der Linken hören ", verkündet Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch nach einer Vorstandssitzung in Berlin vor Journalisten.

**F.A.Z. Politikbarometer**  
Für Ihre Meinung: Ein Geschenk nach Wahl + die  
F.A.Z. mit 50% Ersparnis  
[www.FAZ.net/Politikbarometer](http://www.FAZ.net/Politikbarometer)

**V V**

Ein Jahr nach dem Zusammenschluss von großer Linkspartei. PDS und kleiner WASG schwimmt die Linke auf Erfolgskurs, wovon die anderen Parteien nur träumen können. Gemessen an den Mandatsträgern und Mitgliedern ist sie bereits die drittstärkste Kraft in Deutschland, im Osten ganz oben. Mit Ergebnissen von 5,1 bis 8,4 Prozent zog sie in vier westdeutsche Landesparlamente ein. In zehn Landtagen ist sie vertreten, weitere kommen mit hoher Wahrscheinlichkeit hinzu.

Das Erstarren der Linken zur gesamtdeutschen Kraft hat die Parteienlandschaft grundlegend verändert. Im neuen Fünf-Parteien-System der Berliner Republik werden die Karten neu gemischt. Die Linke ist derzeit die einzige Partei in Deutschland, die Wähler hinzugewinnt.

" Gewählt für Fragen, die sie stellt - aber nicht für die Antworten, die sie gibt ", schreibt " Der Spiegel ". Es gibt kaum etwas, was nicht versprochen wird: Grundrente, Mindestlohn, Weltfrieden, flächendeckende Förderung des Arbeitsmarkts. Wer die Linkspartei wählt, dem winkt offenbar ein soziales All-inclusive-Absicherungspaket zum Nulltarif. Ein Parteiprogramm aber hat sie nicht.

Das soll es nach Lafontaine erst nach der Bundestagswahl 2009 geben. Und dann gespickt auch mit Passagen aus dem " Kommunistischen Manifest " von 1848. Da will also jemand eine völlig andere Bundesrepublik. Bei ihren vielen Lagern und Flügeln, die zerstritten sind, scheut die Parteispitze jedoch jetzt eine öffentliche Debatte um den Kurs.

Ein Programm aber brauche sie, um sich inhaltlich daran orientieren zu können, sagt André Brie, Ex-PDS-Chefideologe und Europa-Abgeordneter der Linken. Dieses Defizit begünstige die Selbstausgrenzung. " Zwar gibt es programmatische Eckpunkte, aber die lassen elementare Positionen wie das Verhältnis der Linken zu ihrer Geschichte, ihr Gesellschaftsbild, ihre Haltung zu Freiheit und Demokratie und zu Europa offen. "

Die Linke, so Brie weiter, müsse nicht nur eine Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern auch eine Alternative dazu entwickeln, " was früher SED, KPD und DKP gemacht haben ". Das sei etwas, was die Linke im vergangenen Jahrhundert nicht versucht habe: sich differenziert mit der Realität auseinanderzusetzen.

Realitätsfern erscheinen indes auch " programmatische Eckpunkte " der Linken. Da wird ein Zukunftsinvestitionsprogramm von jährlich 50 Milliarden Euro propagiert, das schon die Finanzpolitiker der ostdeutschen Landtagsfraktionen als " zutiefst unseriös " kritisierten. Für Sachsen-Anhalts Linke-Landeschef Matthias Höhn sind das " Luftschlösser, für die wir nicht gewählt werden ". Schließlich wolle selbst der Sozialismus gegenfinanziert sein.

" Wer meint, das Rückwärtsgewandte an der neuen Linken sei ihr DDR-Erbe, seien die alten Kader der SED und der Stasi, der irrt gewaltig ", schreibt Ivo Bozic, Mitherausgeber der " Jungle World ", Ableger der einstigen FDJ-Zeitung " Junge Welt ". " Es sind vielmehr die ehemaligen Sozialdemokraten aus dem Westen, die innerhalb der neuen Linkspartei die kommunistische Steinzeit repräsentieren. " An vorderster Front Ex-SPD-Chef Lafontaine. Zuletzt habe die westdeutsche WASG der alten SED stärker geähnelt als die ostdeutsche Linkspartei.

Alles Böse der Welt vermuteten sie bei den Reichen, Banken und Konzernen - oder gleich in den USA und Israel. Diese Hardliner seien es, so Bozic, die die Linke auf Konfrontationskurs mit der SPD trimmen, damit jede Perspektive einer Koalition auf Bundesebene torpedieren, für die die aus der SED stammenden Reformer wie Gysi und Bisky all die Jahre leidenschaftlich gekämpft hätten. Für eine Volkspartei, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, linke Normalität. Lafontaine hat gekontert, den ostdeutschen Reformflügel als " rechte Sozialdemokraten " abgezankelt.

Es war nicht gerade ein Besuch unter Freunden für Lafontaine im September 2007 auf dem Landesparteitag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg. Deutlich wie keine anderen Ost-Genossen hatten die Realsozialisten in Sachsen-Anhalt ihrem Unmut über den radikal-linken und populistischen Kurs des Saarländers laut gemacht. Da stichelte Landeschef Matthias Höhn mal über Lafontaines Gründungsmanifest (" keine tragfähige Basis für eine Vereinigung "), mal warf Fraktionschef Wulf Gallert Lafontaine vor, mit Konzepten aus den 70er-Jahren zu kommen.

Lafontaine attackierte den Landesverband wegen seiner Abkehr von linken Prinzipien und neoliberaler Politik. Auslöser war ein von Höhns Vorstand vorgelegter Leitartikel zur Programmdebatte. Lafontaine konnte sich nicht durchsetzen. Der Landesparteitag folgte dem Antrag Höhns mit über 80 Prozent. Eine Schlappe, die der SPD-Renegat nicht vergisst. Er lässt keinen Zweifel daran, seinen rigiden radikalen Oppositionskurs weiterzuführen.

" Die Partei muss sich konzeptionell besser aufstellen ", mahnt die aus dem Osten kommende Vize-Parteichefin Katina Schubert. In Cottbus stellt sich die 46-Jährige nicht mehr zur Wahl – und zwar ausdrücklich, um deutlicher Kritik an Zuständen in der Partei üben zu können - nicht zuletzt auch an Lafontaine, dem es " um Außenwirkung und nicht um Positionen " gehe.

Mit seinem autoritären Stil nervt er ohnehin viele in Partei und Fraktion. " Oskar ist eben ein chefiger Typ. Da müssen alle durch. Er steht für den Erfolg der Partei, das kann niemand ersetzen ", wirbt Gregor Gysi für seine Selbstherrlichkeit. " Niemand in unserer Partei hat das Recht, einen Erfolgsmenschen wie Lafontaine zu beschädigen. " Punkt. Aus. Die Hoffnung ist groß, dass er als Spitzenkandidat im Saarland den ersten Ministerpräsidenten stellt.

Vize-Fraktionschef Bodo Ramelow vermutet hinter der Kritik an Lafontaine auch " ostdeutsche Larmoyanz ". Die Ostdeutschen, zu denen er selber zählt, müssten eben selbstbewusst auftreten und sich nicht immer gleich " in die Ecke stellen und leiden ". Selber schuld also.

Mit ernsthaften Verwerfungen in Cottbus rechnet indes kaum jemand. Die Wiederwahl der Parteivorsitzenden Lafontaine und Bisky ist gesichert, auch bei der Wahl der Stellvertreter wird kein Ärger erwartet – jedenfalls seit Sahra Wagenknecht, deren Kommunistische Plattform der Verfassungsschutz als " offen extremistisch " einstuft, den Kampf um den Posten abgeblasen hat.

Bisky und Gysi hatten deutlich Stellung gegen ihre Kandidatur bezogen, vor einem verheerenden Signal gewarnt. Mal ganz abgesehen davon, dass sich Wagenknecht bei der Abstimmung über die " programmatischen Eckpunkte " enthalten hat, weil sie die offensichtlich nicht voll mitträgt.

Ausgerechnet Lafontaine hat versucht, Wagenknecht als neue Parteivize durchzusetzen. Ihm fehle jegliche Sensibilität für die Fallstricke der DDR-Vergangenheit, ärgerten sich viele Ost-Genossen. " Wagenknecht teilt ", so Katina Schubert, " den antistalinistischen Grundkonsens der PDS nicht. "

Zwar ist die Vereinigung von Linkspartei. PDS und WASG seit Juni 2007 vollzogen, aber die innere Einheit ist deshalb nicht erreicht. Obwohl die PDS 60 000 Mitglieder in die Gesamtpartei eingebracht hat, die WASG nur 11 000, sind rund zwei Drittel des 44 Mitglieder starken Vorstandes Westler, 32 von 53 Bundestagsabgeordneten ebenfalls. Zum Parteitag in Cottbus reisen 41 Prozent der 562 Delegierten aus den alten Ländern an, der " Rest " aus dem Osten.

Gysi hatte schon während des Fusionsprozesses von WASG und Linke darauf hingewiesen, dass Macht- und Mandatsverteilung nicht den wahren Kräfteverhältnissen entsprechen: " Wenn die Partei, die überwiegend Mitglieder aus den alten Bundesländern hatte, wesentlich stärker gewesen wäre als die Partei, die überwiegend Mitglieder aus den neuen Bundesländern hätte, wäre die Vereinigung etwas anders verlaufen. " Soll heißen: Eine starke Westpartei hätte einem kleineren Ostpartner niemals so viel Einfluss zugestanden, wie es die Ex-PDS mit der WASG getan hat.

Zehn Fraktionsmitglieder aus dem Westen sitzen seit der Wahl 2005 auf Ost-Tickets im Bundestag. Bei der Bundestagswahl 2009 rechnen die Parteistrategen mit gesamtdeutschen elf bis 14 Prozent, die sich aus mehr als 30 Prozent im Osten und etwa 8 Prozent im Westen ergeben würden.

Auf dem eigenen Terrain wollen dann die Ossi kräftiger mitmischen. Sie fordern: Bei der Aufstellung der Landeslisten soll 2009 das " landsmannschaftliche Prinzip " gelten. Kandidaten aus dem bisherigen linken Diasporaland West, früher im Osten mit einem aussichtsreichen Listenplatz versorgt, sollen das Beitrittsgebiet verlassen und in der Ex-BRD kandidieren.

Doch die wollen sich nicht abschieben lassen. Und das, obwohl der Linkspartei in den alten Ländern qualifiziertes Personal fehlt. Kandidaten, die nicht durch Blamagen von sich reden machen, ohne Selbsterstörungspotential. Also nicht so einen wie den früheren DKP-Genossen, den der hessische Landesverband im August 2007 für die Landtagswahl nominierte. Und der dann Bundeswehrsoldaten in Afghanistan mit Mauerschützen verglich. Untragbar fürs Politgeschäft.

Albert Scharenberg vom Kuratorium der linken Rosa-Luxemburg-Stiftung meint: " Der politische und kulturelle Graben, der zwischen den Mitgliedern, Anhängern und Wählern der noch jungen Partei in Ost und West angesichts der Vorgeschichte zwangsläufig besteht, existiert weiter. " Der Berliner Politologe spricht von einer doppelten Linkspartei, nach wie vor zwei grundverschiedenen Parteien: Im Osten Volkspartei, im Westen Sozialstaats- und Protestpartei.

Ivo Botic sieht gar eine dritte, die sich vor kurzem aufgelöst habe, um geschmeidig in der neuen Linken aufgehen zu können: " Die Rede ist von der trotzkistischen Politsekte Linksruck, die ihre Kader bereits an viele wichtige Stellen der neuen Partei installiert hat. "

" Linksruck " hat sich zwar 2007 formal aufgelöst, tatsächlich existiert die Gruppe unter " marx 21 " weiter, arbeitet als " Netzwerk " innerhalb der Linkspartei. Da beobachtet man die Entwicklung mit Argwohn. Schon im Frühjahr 2007 hatte es heftige Auseinandersetzungen gegeben, als sich " Linksruck " - Funktionärin Christine Buchholz anschickte, stellvertretende Vorsitzende der Linken werden zu wollen. Auf dem Gründungsparteitag wurde sie in den geschäftsführenden Vorstand gewählt, mit Janine Wissler gehört ein weiteres Ex- " Linksruck " -Mitglied der Parteiführung an.

Inhaltlich geht " marx 21 " auf Konfrontation zum pragmatischen Flügel der Linkspartei. Regierungsbeteiligungen werden abgelehnt, " solange die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Deutschland nicht fundamental verändert sind ", so ein Aktivist in der " Jungen Welt ". Inzwischen sitzt Wißler für die Linke im hessischen Landtag. Dass sie und ihresgleichen die Linkspartei unterwandern wollen, streitet sie ab. Wenn sie das wollte, " würde ich es ja nicht zugeben ", sagt sie.

Das Misstrauen wächst. Die Positionen der Ost-Realos und die von radikalen Weltrevoluzzern aus dem Westen driften mehr denn je auseinander. Linke-Bundestagsabgeordneter Axel Troost, Mandatsträger in Sachsen mit Wohnsitz in Bremen, umschreibt die Unterschiede noch nett: " Der Westen ist eher visionär, der Osten für praktische Politik. "

Auf einem Kongress der Linken in Dresden Ende April meckerten Teilnehmer aus dem Westen, die Partei im Osten sei zu angepasst, giere nach Macht. Umgekehrt bestünde die Linke im Westen aus Spinnern, so höre man oft im Osten, beschreibt Gysi den parteiinternen Ost-West-Konflikt.

Auf dem Parteitag aber will man Einigkeit demonstrieren. Noch schwimmt die Linke auf einer Welle der Euphorie. Die Ernüchterung folgt, wenn einzelne Strömungen die Partei zu zerreißen drohen. Die fundamentalen Differenzen werden immer deutlicher. " Die programmatische Auseinandersetzung liegt erst vor uns ", sagt Katina Schubert. Nach Cottbus.